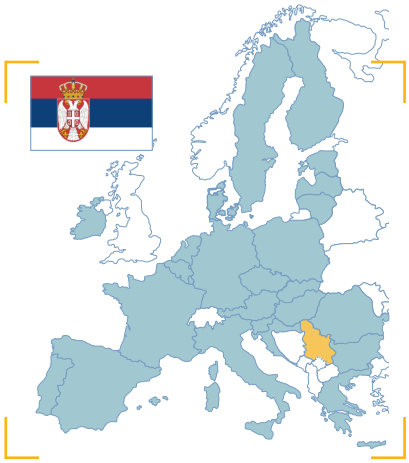
Wahlmonitor 2026

Parlamentswahl Serbien



Allgemeine Daten

*- Quellenlinks

Belgrad	6,53 Mio Einwohner:innen	EU-Beitrittskandidat seit März 2012	Kein Schengen-mitglied
Kein Mitglied der NATO	Serbischer Dinar 1 € ≈ 117 RSD	Weltweit einer der größten Himbeer-Exporteure	BIP/Kopf 20.600 € *

Vor der Wahl

Am 25. Oktober wird in Serbien ein neues Parlament gewählt. Aleksandar Vučić hatte Anfang September vorgezogene Neuwahlen angekündigt und war wenige Wochen später von seinem Amt als Präsident zurückgetreten, um selbst als Kandidat für das Amt des Ministerpräsidenten anzutreten. Internationale Beobachter zweifeln bereits im Vorfeld an der demokratischen Integrität der Wahlen. Kritisiert werden unter anderem die einseitige Mediendominanz, der Missbrauch staatlicher Ressourcen und Unregelmäßigkeiten im Wählerverzeichnis. Auch Wahlmanipulationen können nicht ausgeschlossen werden. Die 250 Abgeordneten werden über Parteilisten gewählt. Es gilt eine Drei-Prozent-Hürde, von der Listen nationaler Minderheiten ausgenommen sind.

Aleksandar Vučić

Wahlhintergründe

Die Wahlen am 25. Oktober haben Referendumscharakter: Es geht um ein Für oder Gegen das Regime von Aleksandar Vučić. Die gesellschaftliche Polarisierung hat sich über Jahre hinweg verschärft, insbesondere in den vergangenen zwei Jahren. Der EU-Beitrittsprozess stagniert seit Jahren, Medien und staatliche Institutionen sind weitgehend von der Regierungspartei vereinnahmt. Größter Konkurrent der Liste „Vereintes Serbien“ von Ex-Präsident Vučić ist die „Studentenliste“. Sie ist aus den breit unterstützten Studierendenprotesten hervorgegangen, die sich gegen systemische Korruption und die Vereinnahmung des Staates richten. Der Einsturz des Bahnhofsvordachs in Novi Sad am 1. November 2024, bei dem 16 Menschen ums Leben kamen, wurde zum Symbol dieser Missstände. Während die Opposition diese Missstände beheben möchte, steht das Regierungslager für Kontinuität und warnt vor möglicher ausländischer Einflussnahme.

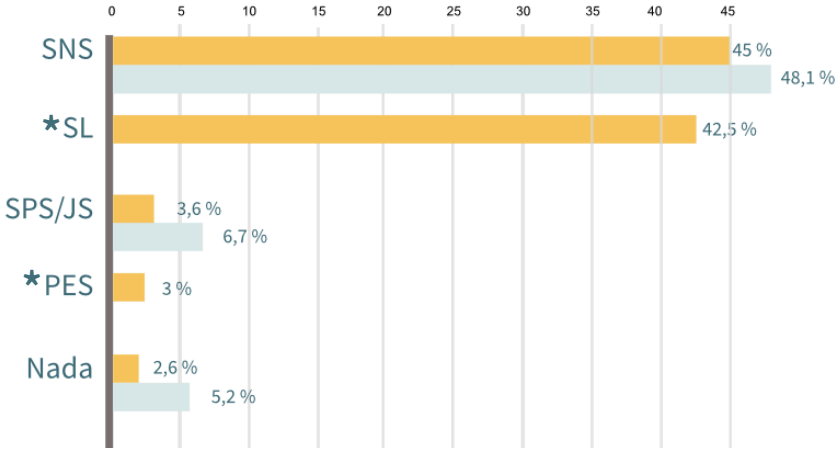
Politisches System

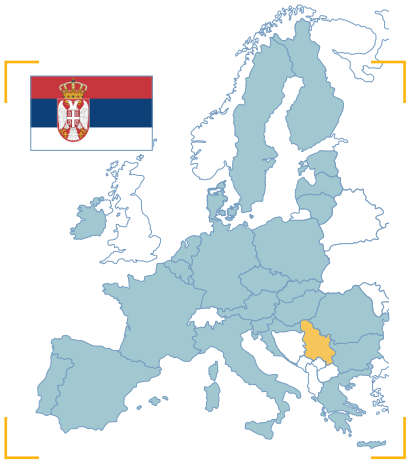
Seit der Loslösung Montenegros aus dem gemeinsamen Staatenbund im Juni 2006 ist Serbien eine parlamentarische Republik mit einem Einkammerparlament. Seit April 2025 ist Đuro Macut Ministerpräsident. Als nominell Parteiloser steht er an der Spitze einer von der SNS dominierten Regierung. Obwohl die Exekutivgewalt formal bei der Regierung liegt, konnte Vučić spätestens seit seinem Amtsantritt als Präsident 2017 weitreichende politische Macht auf seine Person konzentrieren. Das serbische Regierungssystem ist zunehmend von klientelistischen Strukturen rund um Vučić und die Regierungspartei SNS geprägt. Seit Vučićs Machtübernahme 2012 ist Serbien in internationalen Demokratie- und Menschenrechtsindizes deutlich zurückgefallen.

iep Institut für Europäische Politik

Unterstützt durch Auswärtiges Amt

Wer steht zur Wahl?





Prognose für 2026 *
Stand: 22. Oktober 2026

Stimmanteil nach Parteien 2023

* Tritt 2026 zum ersten Mal an

Wahlausgangsszenarien

Unter den 18 Wahllisten konzentriert sich der Wettbewerb auf die Studentenliste und die SNS. Erstmals seit 2012 steht Vučićs Partei einem ernsthaften Herausforderer gegenüber, auch wenn sich nicht alle regierungskritischen Kräfte hinter der Studentenliste versammelt haben.

Meinungsumfragen sind in der polarisierten Gesellschaft umstritten und sehen abwechselnd beide Lager in Führung. Den übrigen sieben Listen, die keine nationalen Minderheiten vertreten, droht das Scheitern an der Drei-Prozent-Hürde. Die derzeit besten Chancen, diese zu überwinden, hat die Sozialistische Partei Serbiens (SPS), die bereits Teil der Regierung ist und eine erneute Koalition anstrebt.

Entscheidend könnten letztlich die neun Minderheitenlisten werden. Bislang regierte die SNS neben der SPS mit der Allianz der Vojvodina-Ungarn (SVM), zwei der drei bosniakischen Parteien sowie der Russischen Partei. Für die Studentenliste werden neben dem eigenen Abschneiden insbesondere mögliche Koalitionspartner entscheidend sein.

Đuro Macut

Europapolitische Auswirkungen der Wahl

Die europapolitischen Auswirkungen der Wahl hängen maßgeblich vom Wahlergebnis und einer möglichen Abwahl des Systems Vučić ab. Die bisherige Regierungskoalition würde voraussichtlich ihren teils konfrontativen Kurs fortsetzen. Auch die für einen EU-Beitritt notwendigen Reformen dürften weitgehend ausbleiben.

Die Opposition rund um die Studentenliste hat hingegen genau diese Reformen, insbesondere im Bereich der Rechtsstaatlichkeit, zu zentralen Wahlversprechen gemacht. Ihre Umsetzung und die damit verbundene Stärkung demokratischer Institutionen könnten dem stagnierenden serbischen EU-Beitrittsprozess neue Impulse verleihen.

Marinika Tepić

Redaktion
Team IEP & Jelena Pejić Nikić

iep Institut für Europäische Politik